

## **Projekt „Nürnberg forscht“ – Projektüberblick und Zusammenfassung der Ergebnisse der 3. Forschungsgruppe<sup>1</sup>**

### **1. Einleitung und Projektüberblick**

Im Januar 2023 startete das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg gemeinsam mit der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus das dreijährige Projekt „Nürnberg forscht – Citizen Science in der vielfältigen Stadtgesellschaft“. Es zielt darauf ab, neue Erkenntnisse zu Migration und Integration in Nürnberg zu gewinnen – und zwar durch den innovativen Ansatz der Bürgerwissenschaft (Citizen Science). Das Projekt ist Teil des EU-finanzierten Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2021–2027.

Während Citizen Science in den Naturwissenschaften bereits etabliert ist, steckt sie in den Sozialwissenschaften noch in den Anfängen. Gerade in gesellschaftlich relevanten Themenfeldern wie Migration bietet dieser partizipative Forschungsansatz jedoch großes Potenzial: Bürgerinnen und Bürger können ihre Alltagsperspektiven einbringen und so neue Impulse für Wissenschaft und Gesellschaft liefern.

Im Mittelpunkt von „Nürnberg forscht“ steht die aktive Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Unabhängig von Bildungsgrad oder beruflichem Hintergrund bringen sie ihre persönlichen Erfahrungen in den Forschungsprozess ein. Dabei werden sie wissenschaftlich vom Bildungsbüro und pädagogisch von der Akademie Caritas Pirckheimer-Haus begleitet.

Das Projekt verfolgt mehrere Ziele: Es will das Wissen von Bürgerinnen und Bürgern sichtbar machen und dadurch neue Perspektiven auf Integration eröffnen, die Teilnehmenden in ihren Kompetenzen stärken und langfristig einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen – etwa durch Sensibilisierung für Migrationsthemen, den Abbau von Vorurteilen und die Förderung von Vielfalt. Darüber hinaus soll das Projekt auch andere Citizen Science Initiativen durch seine Methoden und Erfahrungen inspirieren und zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik in Nürnberg beitragen.

### **2. Projektaufbau und partizipative Umsetzung**

Das Projekt „Nürnberg forscht“ besteht aus einer zweijährigen Forschungsphase mit vier eigenständigen Forschungsgruppen, in denen Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte als Laienforschende (Citizen Scientists oder Mitforschende genannt) an sozialwissenschaftlichen Themen zu Integration und Vielfalt in Nürnberg forschen. Jede Forschungsgruppe umfasst etwa sechs Monate und berücksichtigt bewusst die vielfältigen Lebensrealitäten der Citizen Scientists, wie Herkunft, Sprache, Alter und Geschlecht.

Vor Beginn der Forschung werden die Mitforschenden in wissenschaftlichem Arbeiten geschult, entwickeln gemeinsam Forschungsfragen und wählen geeignete Methoden zur Datenerhebung. Die Forschungsmethoden reichen von klassischen Ansätzen wie Interviews und Fragebögen bis hin zu kreativen und partizipativen Formaten wie Photovoice oder Community Mapping. Der Grad der Beteiligung reicht je nach Gruppe von kollaborativ bis ko-kreativ – basierend auf einem dreistufigen Beteiligungsmodell nach Bonney et al. (2009).

---

<sup>1</sup> Ein ausführlicher Forschungsbericht wird zusätzlich im Rahmen der Vorstellung des Projekts „Nürnberg forscht“ in der Kommission für Integration bereitgestellt.

Ein Netzwerk aus städtischen und migrantischen Organisationen sowie ein vielfältig besetzter Projektbeirat begleiten die Arbeit fachlich und kritisch-konstruktiv. Die Ergebnisse jeder Forschungsgruppe werden dokumentiert, veröffentlicht und in unterschiedlichen Veranstaltungsformaten öffentlich präsentiert. Zusätzlich werden alle Schritte über eine Projektwebseite und einen Instagram-Kanal kommuniziert, um eine breite Sichtbarkeit und nachhaltige Wirkung über Nürnberg hinaus zu ermöglichen.

### 3. Fallbeispiel: Forschungsgruppe „Politische Teilhabe“

Die dritte Forschungsgruppe des Projekts „Nürnberg forscht“ widmet sich der politischen Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Vor dem Hintergrund empirisch belegter Teilhabelücken – wie geringer Wahlbeteiligung, struktureller Unterrepräsentation und rechtlicher Ausschlüsse – untersuchte das Projekt, inwieweit politische Beteiligung auf lokaler Ebene möglich ist, und welche Barrieren bestehen.

Die Forschungsgruppe bestand aus 14 Teilnehmenden mit diversen Migrationsbiografien. Von November 2024 bis Juli 2025 traf sich die Gruppe regelmäßig, entwickelte gemeinsam die Forschungsfrage **„Welche Faktoren beeinflussen politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nürnberg?“** und führte eine quantitative Online-Befragung unter Nürnbergerinnen und Nürnbergern mit Zuwanderungsgeschichte sowie qualitative leitfadengestützte Interviews mit Personen aus der Kommunalpolitik und überregionalen Beratungspraxis durch. Die Mitforschenden waren aktiv in alle Phasen eingebunden – von der Konzeption bis zur Interpretation und Präsentation der Ergebnisse.

Die Analyse erfolgte mithilfe klassischer sozialwissenschaftlicher Methoden. Die qualitativen Interviews wurden transkribiert und anhand eines Codiersystems in vier Hauptkategorien ausgewertet: individuelle, strukturelle, gesellschaftliche und politische Faktoren. Die statistischen Daten aus der Online-Umfrage ergänzen – trotz ihrer eingeschränkten Aussagekraft – das durch die Einzelinterviews gewonnene Bild zur politischen Teilhabe. Insgesamt spiegeln die Ergebnisse Befunde aus der aktuellen Forschung wider

Die Ergebnisse wurden im Sinne des Citizen-Science-Ansatzes sowohl vom Projektteam als auch von den Mitforschenden selbst interpretiert, wodurch unterschiedliche Perspektiven einfließen. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammengefasst dargestellt.

#### Individuelle Faktoren

Die politischen Wege der Befragten in den Einzelinterviews sind geprägt von vielfältigen Biografien, Migrationserfahrungen und persönlichem Engagement. Oft beginnt ihr politisches Handeln im zivilgesellschaftlichen Raum – ausgelöst durch erlebte Ungerechtigkeit, Anerkennung oder den Wunsch nach Teilhabe. Migration wird dabei sowohl als Herausforderung als auch als Ressource begriffen, die politische Sensibilität und Perspektivvielfalt fördert. Politische Kompetenz entsteht weniger durch klassische Karrieren als durch persönliche Erfahrungen, lokale Themen und alltägliches Engagement. Trotz struktureller Barrieren setzen sich die Interviewten mit unterschiedlichen Zielen für eine gerechtere Gesellschaft ein – von konkreten Projekten bis hin zu umfassende Visionen.

#### Strukturelle Faktoren

Die im Rahmen der Analyse ausgewerteten Aussagen zeichnen ein differenziertes Bild der politischen Teilhabechancen in Nürnberg. Sie verweisen auf eine Vielzahl von Engagementformen – unter anderem in Parteien, zivilgesellschaftlichen Initiativen, migrantisch geprägten Organisationen sowie im

öffentlichen Raum. Zugleich verdeutlichen sowohl qualitative Rückmeldungen als auch Ergebnisse der Online-Befragung, dass politische Teilhabe wohl nicht für alle gleichermaßen zugänglich ist.

Dabei werden insbesondere strukturelle Rahmenbedingungen thematisiert, die als hemmend oder ausschließend erlebt werden. Genannt werden etwa das eingeschränkte kommunale Wahlrecht, mangelnde Informationsangebote, formale Eintrittshürden in parteipolitische Strukturen sowie institutionell verankerte kulturelle Selbstverständnisse. Diese Faktoren wirken sich nach Einschätzung einzelner Beteiligter negativ auf Teilhabechancen aus.

Die Auswertung gibt zudem Hinweise darauf, unter welchen Bedingungen politisches Engagement als unterstützend und wirksam erlebt wird. Wiederholt wird hervorgehoben, wie bedeutsam persönliche Ansprache, biografische Anknüpfungspunkte, sichtbare Repräsentation und niedrigschwellige Beteiligungsformate für eine gelingende Teilhabe sein können. Migrantisch geprägte Organisationen nehmen dabei häufig eine vermittelnde Rolle ein – sowohl gegenüber politischen Institutionen als auch in Richtung Stadtgesellschaft. Besonders positive Erfahrungen werden dort benannt, wo politische Strukturen offen für Diversität sind und diese aktiv einbinden – etwa durch transparente Auswahlprozesse, gezielte Nachwuchsförderung, Empowerment-Ansätze oder eine inklusive Kommunikationskultur.

### **Gesellschaftliche Faktoren**

Die Interviewten kommen zu der Einschätzung, dass die gesellschaftlichen Einflussfaktoren auf politische Teilhabe komplex sind und oft widersprüchlich wirken. Vertrauen müsse aufgebaut, Repräsentanz sichtbar gemacht und gesellschaftliche Kommunikation aktiv gestaltet werden. Nürnberg wird in vielen Aussagen als Stadt mit vergleichsweise guter Infrastruktur, engagierter Verwaltung und mutigen Initiativen wahrgenommen. Dennoch erkennen die Befragten auch, dass politische Apathie, Angst vor Anfeindung und mangelnde Sichtbarkeit migrantischer Stimmen Herausforderung darstellen – insbesondere in einer zunehmend polarisierten Medienlandschaft. Eine nachhaltige Stärkung von Teilhabe könnte durch eine verstärkte Öffnung politischer Räume, eine breite gesellschaftliche Anerkennung sowie durch digitale Strategien unterstützt werden, die sowohl den Zugang erleichtern als auch verantwortungsvolles Handeln fördern.

### **Politische Faktoren**

Zusammengefasst kommen die Befragten in den Interviews zu folgenden Einschätzungen in Bezug auf die politischen Faktoren: Ob in Nürnberg, Bamberg oder im Rahmen bundesweiter Programme – die Beispiele zeigen, dass politische Teilhabe durch gezielte Maßnahmen nachhaltig gestärkt werden kann. Als besonders wirkungsvoll erachten die Befragten die niedrigschwelligen Beteiligungsformate vor Ort, die eine direkte und unkomplizierte Mitwirkung ermöglichen. Ergänzend dazu spielen ihrer Einschätzung nach individuelle Förderangebote – etwa in Form von Schulungen, Mentoring oder Empowerment-Programmen – eine wichtige Rolle. Auch institutionalisierte Programme mit professioneller Begleitung könnten einen zentralen Beitrag leisten. Darüber hinaus wirke sich eine aktive migrantische Selbstorganisation sowie ein starkes zivilgesellschaftliches Netzwerk förderlich auf politische Mitgestaltung aus. Schließlich trage auch die strukturelle Öffnung politischer Räume – etwa durch Mehrsprachigkeit oder die Einführung von Quotenregelungen – dazu bei, mehr Vielfalt in Entscheidungsprozesse zu bringen.

### **Fazit und Empfehlung aus den Ergebnissen der 3. Forschungsgruppe**

Die Auswertung im Projekt „Nürnberg forscht“ zeigt, dass politische Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für demokratische Gerechtigkeit und kommunale Integration bedeutend ist. Trotz Fortschritten bestehen weiterhin Barrieren, die eine gleichberechtigte Mitgestaltung erschweren.

Lokale Integrationspolitik, zivilgesellschaftliches Engagement und politische Bildung sind wichtige Faktoren zur Verbesserung.

Die Studie weist darauf hin, dass symbolische Repräsentation und punktuelle Fördermaßnahmen allein begrenzt wirken. Stattdessen sind strukturelle Offenheit, gezielte Ansprache, faire Ressourcenverteilung und transparente Verfahren erforderlich. Der Zugang zu Teilhabe hängt derzeit noch stark von individuellem sozialem Kapital, Sprachkenntnissen und Netzwerken ab.

Empfohlen werden unter anderem der Ausbau politischer Bildung, mehrsprachige Informationsangebote, niedrigschwellige Beteiligungsformate sowie Maßnahmen zur Förderung unterrepräsentierter Gruppen. Ziel ist, politische Vielfalt dauerhaft als festen Bestandteil kommunaler Demokratie in Nürnberg zu etablieren.

#### **4. Potenziale von Citizen Science für Forschung, Verwaltung und Stadtgesellschaft**

Das Projekt „Nürnberg forscht“ zeigt exemplarisch das Potenzial von Citizen Science in der Sozialforschung, insbesondere in den Bereichen Migration, Teilhabe und Integration. Durch die aktive Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wurden nicht nur Daten erhoben, sondern auch neue Perspektiven sichtbar gemacht und gesellschaftliche Relevanz anerkannt. Der partizipative Ansatz trug zur Stärkung des Vertrauens in kommunale Prozesse bei und regte eine lebensnahe Weiterentwicklung von Maßnahmen an. Auch die Teilnehmenden profitierten durch Kompetenzzuwachs und ein gestärktes Gefühl von Selbstwirksamkeit. Insgesamt macht das Projekt deutlich, dass Citizen Science nicht nur ein methodischer Zugang ist, sondern einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Teilhabe und diversitätssensiblen Verwaltung leisten kann.